

Die historischen und ideengeschichtlichen Grundlagen des US-amerikanischen Präsidentialismus und des britischen Westminstersystems

Großbritannien

- Staat und Verwaltung in GB sind im wesentlichen das Ergebnis der allmählichen Entwicklung der Rechtsstaatlichkeit und des schrittweise allen gesellschaftliche Schichten und Gruppen einschließenden Parlaments, aus der sich die englische Verfassung ergeben hat
- Die Verfassung ist nicht in einer einzigen Urkunde zusammengefasst, wichtige Teile sind allerdings schriftlich festgelegt
- Der nicht in Gesetzen oder anderen Dokumenten niedergelegte Teil der brit. Verfassung besteht aus außerrechtlichen Regeln, die als *conventions* bezeichnet werden
- Entsprechend entwickelte sich das heutige Regierungssystem aus Präzedenzfällen, die sich in der politischen Praxis ereigneten
- Daher war das politische System immer einem stetigen Wandel unterzogen, ist flexibel und kann sich immer neuen Gegebenheiten anpassen
- Dieser Wandel vollzieht sich vor 2 übergeordneten Prinzipien:
- Rechtsstaatlichkeit oder Herrschaft des rechts (*rule of law*) und Parlamentssouveränität

Grundsteine der *rule of law*

1. Magna Carta (1215)
 - beschnitt ursprünglich die königliche Prerogative gegenüber seinen Lehensträgern und wurde erst im 19. Jhd. zu einem Dokument umgewandelt
 - besagte, dass der Monarch kein geltendes Gesetz außer Kraft setzen darf
 - Forderung nach dem Schutz des Individuums
2. Petition of Right (1628)
 - das Parlament legte dem König zum 1. Mal einen Katalog von Grundrechten vor, den dieser anerkennen musste, wollte er vom Parlament die gewünschten Hilfsgelder erhalten
3. Habeas Corpus Akte (1679)
 - Schutz vor willkürlicher Verhaftung
 - heute: Unverletzlichkeit der Wohnung, Schutz vor Inhaftierung ohne Gerichtsverfahren (USA hat diese Akte so direkt in den Verfassungstext übernommen, in der BRD spiegelt sich dieser Gedanke in Art. 104 GG wider)
4. Bill of Rights (1689)
 - Bestätigung von bürgerlichen Grundrechten
z. B. Petitions- und Beschwerderecht des Bürgers, freie Meinungsäußerung, Schutz vor unangemessener Behandlung und Bestrafung durch Gerichte, freie Wahl, Steuerrecht, aber auch die besondere Stellung des Parlaments

USA

Kernpunkte der Federalist Papers

1. Anerkennung von Interessenkonflikten

- Ausgangspunkt ist die Volkssouveränität als „Quelle aller Regierungsmacht“-
- wichtigste Konsequenz war die Ablehnung des Mehrheitswillens, d. h. Anerkennung des Minderheitenschutzes
- nach Ansicht der Verfassungsgründer führt eine unbegrenzte Mehrheitsherrschaft unvermeidlich zur Zerstörung von Minderheitsrechten, und zwar insbesondere im Bereich des Privateigentums

=>Verhinderung des Konflikts zwischen den Klassen der Reichen und Armen

- Vielförmigkeit garantiert Freiheit des Einzelnen und der Gruppierungen Gleichgesinnter

=>Widerstreit der Interessengruppen um eine gerechte Verteilungspolitik

2. Festlegung auf repräsentative Demokratie

- nur durch Repräsentation ist es möglich, möglichst viele Interessen in einem großflächigen und bevölkerungsreichen Land bei der Regierungspolitik zu berücksichtigen
- Repräsentation sollte der Republik Stabilität verleihen, indem sie die oft turbulente Selbstregierung des Volkes zumindest auf Bundesebene weithin ausschaltete
- man erwartete, dass die vom Volk direkt gewählten Repräsentanten eine weisere, vernünftigere, weitsichtigere, dem Gemeinwohl eher verpflichtete Regierung bilden würden als die direkte Volksregierung

3. Gefahr der Tyrannei der Mehrheit

- s. 1.

4. Checks & Balances

· separate Wahl von Exekutive, Legislative und Judikative

- auf das Verantwortungsbewusstsein der Bürger allein zur Verhinderung des Machtmissbrauchs war kein Verlass
- streben hauptsächlich nach eigenem Glück
- politische Eliten könnten allzu leicht dem Machtstreben als Selbstzweck zum Opfer fallen
- eine große, freie Republik benötigt einerseits zum Überleben ein hohes Maß an Regierungsmacht, andererseits ist eine übermäßige Machtkonzentration die größte Gefahr für die Wahrung der Freiheit

· gegenseitige Kontrolle der Institutionen

· föderaler Staatsaufbau

- doch der Souveränität der Staaten wurden enge Grenzen gesetzt
- in Art. 6 werden die Verfassung und die Gesetze der Bundesregierung als *supreme law of the land*, als höchstes Landesgesetz bestimmt, nach dem sich alle Richter der Einzelstaaten zu richten haben
- Bürger der Einzelstaaten sind durch den Kongress stark in Entscheidungsprozesse eingebunden
- „in Zeiten des Krieges und der Gefahr“ ist die Bundesregierung aktiver und einflussreicher, während in Friedenszeiten der Einfluss der Einzelstaaten überwiegt
- insbesondere im 20. Jhd. waren es jedoch die Krisenzeiten, welche die „nationale Form und den nationalen Charakter“ der USA prägten und die Macht der Zentralregierung entschieden förderten

Literaturhinweise:

Döring, Herbert: Großbritannien. Regierung, Gesellschaft und politische Kultur. Opladen. 1993.

Hartmann, Jürgen: Westliche Regierungssysteme. Opladen. 2000.

Mewes, Horst: Einführung in das politische System der USA. Heidelberg. 1990.

Müller-Rommel, Ferdinand: Vergleichende Politikwissenschaft. Opladen. 1997.